



2019/42 Thema

<https://jungle.world/artikel/2019/42/eine-ueberraschung-war-es-nicht>

Rassismus, Antisemitismus und der Anschlag von Halle

»Eine Überraschung war es nicht«

Interview Von **Carl Melchers**

Der deutsche Antisemitismus wurde nach dem Zweiten Weltkrieg geleugnet und verdrängt - doch weg war er nie, sagt die Philosophin Hannah Peaceman. Ein Gespräch über die Fragilität des jüdischen Lebens in Deutschland.

Wie war Ihre erste Reaktion auf den Anschlag von Halle?

Ich kam nachmittags aus der Synagoge in Frankfurt am Main und erfuhr nach und nach von dem Anschlag. Ich war mit einigen Leuten unterwegs und bald war klar, dass in der Synagoge von Halle Freundinnen aus Berlin gewesen waren, die dort Yom Kippur feiern wollten. Bis wir von ihnen gehört haben, war es früher Abend, es vergingen mehrere Stunden. Das war ziemlich aufwühlend, auch wegen der Nachrichten von den Todesopfern. Es war durchaus ein Schock, aber eine Überraschung war es für uns nicht. Und wenn ich sage »für uns nicht«, dann auch für alle, mit denen ich in meinem Umfeld gesprochen habe.

Warum war es keine Überraschung?

Jüdisches Leben ist in Deutschland immer fragil. Ich weiß das, seit ich denken kann. Mein Vater wäre nie mit Kippa vom Auto zur Synagoge gegangen oder zu einer jüdischen Einrichtung. Er hat sie immer erst drinnen aufgesetzt. Das war schon vor 25 Jahren und nicht erst seit letzter Woche oder seit zehn Jahren so. Da war immer das Gefühl, dass man verletzlich ist. Das hat man auch, wenn man in die großen Synagogen geht, die eigentlich alle bewacht sind. Es stand in Frankfurt auch an Yom Kippur ein Polizist mit einer scharfen Waffe in der Nähe des Eingangs. Diese sehr merkwürdige Normalität ist eben auch Teil jüdischen Lebens in Deutschland.

Wie empfanden Sie die gesellschaftlichen Reaktionen auf den Angriff?

Sehr unterschiedlich. Bundespräsident Steinmeier hat gesagt, eine solche Tat sei in Deutschland nicht vorstellbar. Das ist eine Farce, das ist ein Schlag ins Gesicht aller Opfer und Betroffenen, insbesondere auch derjenigen aller neonazistischen Morde und des Terrors des NSU. Das muss man so deutlich sagen. Auch die Rede von einem Einzeltäter, die ja ungefähr nach zwei Stunden bereits die Runde machte, war unsäglich. Dass der Attentäter allein geschossen hat, mag sein. Aber allein war er nicht, es gibt ein

internationales neonazistisches Umfeld und seine neonazistische Ideologie entspringt einem gesellschaftlichen Diskurs.

Zeigt sich bei solchen Ereignissen nicht nur, wo der Feind steht, sondern auch, wer die Freunde sind?

Ich habe viel Solidarität erlebt und das war auch im Laufe des Abends das, was mir am allerwichtigsten war. Damit meine ich nicht, dass Angela Merkel vor die Synagoge in der Oranienburger Straße getreten ist, sondern die spontanen Solidaritätskundgebungen, - beispielsweise in Jena, Erfurt und in vielen anderen Städten. Das war sehr wichtig und ich habe auch im persönlichen Umfeld jede Menge Nachrichten von Leuten erhalten, die einfach wissen wollten, ob alles in Ordnung ist.

Es ist die Rede von einer neuen Qualität des Antisemitismus, weil es der erste bewaffnete Angriff auf eine Synagoge in Deutschland seit 1945 war. Finden Sie, das trifft zu?

Nein. Neonazistischen Terror gibt es seit 1945 gegen Jüdinnen und Juden, Migrantinnen und Migranten, Andersdenkende, Obdachlose und so weiter. Das ist kein neues Phänomen, das gibt es auch nicht erst seit den neunziger Jahren. Es gibt eine Kontinuität, die aber leider immer wieder geleugnet oder verdrängt wird. Daher würde ich auch auf gar keinen Fall von einer neuen Qualität sprechen. Es gab und gibt immer Morddrohungen gegen öffentlich sichtbare Juden und Jüdinnen, etwa Michel Friedman oder Ignatz Bubis, die ja in den neunziger Jahren sehr klar gegen Rassismus und rassistische Mordanschläge Stellung bezogen.

Möglicherweise hat der NSU die Berliner Synagoge in der Rykestraße ausgespäht. Ein Wachmann glaubt, Beate Zschäpe kurz vor dem ersten NSU-Mord im Café gegenüber der Synagoge gesehen zu haben. Das wurde nie richtig aufgeklärt. Synagogen werden in Deutschland nicht ohne Grund bewacht.

Die Synagoge in Halle war aber unbewacht.

Als ich vor einigen Jahren in Erfurt war, fiel mir sofort auf, dass dort kein bewaffneter Sicherheitsmann oder Polizist stand, sondern nur jemand aus der Gemeinde. Ich war verwundert, weil ich das anders kannte aus größeren Städten. Ich kenne die Interna nicht, aber es gibt einen Disput zwischen einem Regierungsverantwortlichen in Sachsen-Anhalt und dem Zentralratsvorsitzenden Josef Schuster, weil die Gemeinde in Halle offensichtlich immer wieder Schutz anforderte und ihn nicht bekam.

Der Attentäter war sowohl antisemitisch als auch rassistisch motiviert. Oft diskutiert man in Deutschland über die Phänomene Antisemitismus, Rassismus und Islamfeindlichkeit, als hätten diese nichts miteinander zu tun, manchmal werden sie in eine Art Konkurrenzverhältnis zueinander gesetzt. Wie ist Ihre Erfahrung damit?

Ich kenne das sehr gut. Gerade im Zuge des Jahres 2015 vernahm man immer wieder ein sehr perfides Argument: Der Antisemitismus wurde Geflüchteten und Muslimen angelastet und man sagte, man dürfe sie nicht ins Land lassen oder müsse ihre Zahl begrenzen, um

die Juden zu schützen. Das ist ein rassistisches Argument, eine Ethnisierung und Externalisierung des Antisemitismus. Dagegen muss man ankämpfen. Es entspricht auch nicht der Perspektive und Erfahrung von Juden und Jüdinnen, von denen viele das anders sehen. Es lagert Antisemitismus aus der deutschen Geschichte und Gegenwart aus und das ist einfach falsch. Der deutsche Antisemitismus und Rassismus waren nach 1945 nie weg. Statt etwas dagegen zu tun, werden Minderheiten gegeneinander ausgespielt und ein Konkurrenzverhältnis wird geschaffen, das wie ein Keil zwischen sie getrieben wird.

Aber ist der Antisemitismus nicht auch ein Phänomen, das sich von anderen Formen von Rassismus unterscheidet?

Dieser Tage heißt es immer wieder, Halle sei ein Angriff auf uns alle. Es gehe um Menschenfeindlichkeit im Allgemeinen. Das ist richtig und falsch zugleich. Richtig ist, dass es um Menschenfeindlichkeit und Demokratiefeindlichkeit geht, aber was man verkennt, ist sowohl die spezifische Wirkungsweise von Rassismus und Antisemitismus als auch deren Zusammenhang. Der Attentäter hat den Zusammenhang durch den Angriff auf das Dönerlokal sehr deutlich gemacht, aber eben auch den Unterschied: Die Juden seien die Wurzel allen Übels, das hat er wörtlich gesagt.

Die Juden stehen als Hauptverantwortliche ganz oben auf den Feindeslisten.

Zum Antisemitismus gehört dieses weltideologische Element, das bei anderen Formen von Rassismus fehlt. Juden werden für alles Übel verantwortlich gemacht, beispielsweise für die sogenannte Masseneinwanderung. Juden symbolisieren in der antisemitischen Ideologie Überlegenheit und im Rassismus gegen sie wird gleichzeitig ihre Unterlegenheit betont. Es ist wichtig, diesen Zusammenhang zu verstehen, auch für eine antirassistische Praxis. Bei Verallgemeinerungen, die besagen, das sei alles Menschenfeindlichkeit, gehen die entscheidenden Details verloren, ebenso wie wenn der Antisemitismus als Unterkategorie von Rassismus verstanden wird, statt die Spezifik des Antisemitismus anzuerkennen.

Wo sehen Sie dieses Problem im konkreten Fall von Halle?

Nach dem Angriff waren deutsche Spitzenpolitiker sofort zur Stelle. Merkel, Steinmeier, alle möglichen Politiker äußern sich, stellen sich vor Synagogen. Das Dönerlokal, in dem jemand ermordet wurde, erhielt einen Bruchteil der Aufmerksamkeit. Der Angriff auf das Dönerlokal hat mit Sicherheit Betroffene und Angehörige an den NSU erinnert. Diese Aufmerksamkeitsökonomie ist ein Problem.

Zu wenig wird meines Erachtens darüber gesprochen, dass der Anschlag sowohl antisemitisch als auch rassistisch war. Es ist ganz wichtig, sich insbesondere in der Situation der Angst nicht gegeneinander aufbringen zu lassen. Besonders hat mich daher gefreut, dass fast alle jüdischen Stimmen, insbesondere die derer, die in der Synagoge waren, sofort auf den Zusammenhang von Rassismus und Antisemitismus hingewiesen haben und sich mit den Mordopfern und den Angegriffenen solidarisierten.

Gleichzeitig muss man sich klar machen, dass die Perspektiven der jüdischen Betroffenen – offensichtlich auch im Vorhinein die Bitte um Sicherheitsvorkehrungen – wenig Beachtung fanden. Juden und Jüdinnen kennen das ewige Gerede vom »Nie wieder« und

trotzdem lebt man als sichtbare Jüdin bis heute gefährlich.

Leider bleiben Jüdinnen und Juden aber auch im Kontext antirassistischer Politik oft unsichtbar oder werden nicht berücksichtigt.

Wie meinen Sie das?

Juden und Jüdinnen gelten als »weiß«, was auf die Mehrheit zutrifft, und werden oft als nichtmigrantisch wahrgenommen – obwohl mehr als 90 Prozent der in Deutschland lebenden Juden und Jüdinnen eine Migrationsgeschichte haben. Hier zeigen sich die Probleme mit diesen Kategorien. Auch wenn Juden vielleicht nicht immer auf den ersten Blick als solche erkannt werden, ist ihr Leben nicht weniger bedroht. Unsichtbarkeit jüdischen Lebens spielt durchaus eine Rolle. Ich finde, in der antirassistischen Politik sollten jüdische Unsichtbarkeit und Fragilität stärker reflektiert werden, um eine Verbindung der Kämpfe gegen Rassismus und Antisemitismus zu ermöglichen.

In welchem Zusammenhang stehen die Taten mit den politischen Entwicklungen in Deutschland seit 2015? Welche Verantwortung tragen die AfD und Pegida?

Antisemitismus und Rassismus gibt es nicht nur in der AfD. Die Nazis fühlen sich durch die Erfolge der Partei und durch die neue Salonfähigkeit des Ressentiments auf jeden Fall ermutigt, das ist ein großes Problem. Das war vorher nicht so gebündelt. Aber Rassismus und Antisemitismus gab es letztlich immer auch in der CDU, in der FDP, in der SPD, in fast allen Parteien.

Bei wem sehen Sie die gesellschaftliche Verantwortung für die Tat?

Die gemessene Zustimmung zu Antisemitismus und Rassismus ist ziemlich gleich bleibend sehr hoch, und das eigentlich, seit es Untersuchungen dazu gibt. Gerade der Antisemitismus wird gerne verdrängt oder ausgelagert. Ich denke, das hängt zusammen mit einer Geschichtsverklärung auch in den eigenen Familiengeschichten. 18 Prozent der Deutschen glauben, dass ihre Familien während der Shoah Juden gerettet hätten. Das wären mehr Leute, die Juden gerettet haben sollen, als es 1933 Juden in Deutschland gab. Zwischen dieser Nichtauseinandersetzung in den Familien und der Leugnung der Verstrickung der Großeltern und Urgroßeltern in die Shoah besteht ein Zusammenhang mit der Empathielosigkeit für die Betroffenen von Rassismus und Antisemitismus. Die Verantwortung der deutschen Gesellschaft wäre es, dies auch tatsächlich an sich heranzulassen und die richtigen Konsequenzen daraus zu ziehen, jenseits von Lippenbekenntnissen.

Innenminister Horst Seehofer fordert mehr Mittel und Kompetenzen für die Polizei. Was muss Ihrer Meinung nach passieren?

Es gibt da ein Dilemma. Jüdische Einrichtung brauchen bewaffnete Sicherheitskräfte und müssen geschützt werden, weil sonst größere Katastrophen passieren. Zugleich ist bekannt, dass in großen Teilen der Sicherheitsbehörden Rassismus und Antisemitismus ein riesiges Problem darstellen. Mit diesem Dilemma müssen wir erst einmal leben, denn die Forderung nach bewaffneten Sicherheitskräften hat Priorität.